

DEUTSCHE POLITIK

ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM HERBST 1961

Dieser Vierteljahresbericht steht zwangsläufig im Zeichen der Bundestagswahl und der Berliner Ereignisse vom 13. August. Hatte auf die Demoskopien-Frage „Welche Partei würden Sie wählen, wenn die Bundestagswahl am nächsten Sonntag stattfinden würde?“ die CDU/CSU-Kurve Ende Mai mit 51 Prozent ihren höchsten, die SPD-Kurve mit 36 Prozent den tiefsten Stand erreicht, so stürzte unter dem Schock, den die Abspernung Ostberlins durch das Ulbricht-Regime auslöste, die CDU/CSU-Kurve bis Ende August, Anfang September auf 35 herab, während die SPD-Linie auf 46 hinaufschleunigte. Das zunächst schwache Reagieren der westlichen Alliierten, die Tatsache, daß Bundeskanzler *Adenauer* sich zehn Tage lang nicht in Berlin sehen ließ und sogar seine Angriffe gegen den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten *Willy Brandt* im Wahlkampf fortsetzte, während dieser als Regierender Bürgermeister Berlins immer stärker in die Erscheinung trat, wirkte derart stark auf die Publikumsstimmung, daß, wäre der Bundestag am 27. August oder 3. September gewählt worden, die Sozialdemokratie sicher die CDU/CSU geschlagen hätte. Aber bereits in den ersten Septembertagen setzte eine rückläufige Bewegung ein. Geschickt sprach jetzt die CDU-Propaganda die Kriegsfurcht der Menschen an und verbreitete die Version, wäre *Adenauer* gleich nach dem 13. August in Berlin aufgetaucht, so hätte es Krieg gegeben; nur seine Mäßigung und Zurückhaltung habe den Krieg verhindert. Ergebnis: Die CDU/CSU-Kurve stieg wieder an, die der SPD sank ab. Bei allem hatte auch die FDP-Kurve einen kräftigen Auftrieb bekommen.

Das Wahlergebnis brachte keinen politischen Erdbeben, wie er vielleicht zwei oder drei Wochen früher eingetreten wäre. Aber die fünf Punkte ihres Stimmenanteils, die die CDU/CSU gegenüber dem Ergebnis von 1957 verlor, während Sozialdemokraten und Freie Demokraten ungefähr im gleichen Maße gewannen, hatten doch beträchtliche Kräfteverschiebungen zur Folge. CDU und CSU mußten nicht weniger als 43 ihrer Wahlkreise von 1957 an die SPD abgeben, die außerdem auch noch drei Wahlkreise der Deutschen Partei für sich eroberte. Diesem beachtlichen Prestigeerfolg stand freilich die Tatsache gegenüber, daß die Sozialdemokraten bei einem Gewinn von 1,9 Millionen Stimmen insgesamt nur 21 Mandate mehr erhielten als 1957, während die Freien Demokraten für 1,7 Millionen Stimmengewinn 26 Mandate hinzugewannen.

Die CDU (ohne CSU) blieb zum erstenmal seit 1953 um 180 000 Stimmen hinter den Sozialdemokraten zurück, erhielt aber zwei Mandate mehr als diese — dies alles eine Folge der ungleichen Wahlkreiseinteilung, die in Verbindung mit dem System der Überhangmandate die Sozialdemokraten benachteiligt. Denn im Gegensatz zu der gesetzlichen Vorschrift, daß die Abweichungen von der Wahlkreis-Durchschnittsgröße $33 \frac{1}{3}$ vH nach oben und unten nicht überschreiten sollten, gibt es heute in der Bundesrepublik ländliche Wahlkreise von noch nicht 90 000 und städtische Wahlkreise von über 270 000 Wahlberechtigten. Die Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes hat inzwischen festgestellt, daß die CDU eigentlich drei Mandate zuviel erhalten hat und daß eine den gesetzlichen Vorschriften gerecht werdende Neueinteilung der Wahlkreise dringend erforderlich ist.

Konzentrierung auf drei Parteien

Bemerkenswert ist, daß sich die Publikumsgunst diesmal stärker denn je auf die drei Parteien CDU/CSU, SPD und FDP konzentrierte. Alle anderen zusammen erhielten noch nicht einmal 6 vH der Stimmen. Die Fusion der konservativ-bäuerlichen Deutschen Partei mit der Flüchtlingspartei BHE erwies sich als ausgesprochener Fehlschlag. Ihren Initiatoren folgten nur etwa ein Drittel der 1957er Wähler von DP und BHE, so daß die neue Gesamtdeutsche Partei (GDP) nicht einmal drei vH aller Stimmen erhielt. Der größte Teil der ehemaligen DP-Wähler scheint für CDU oder FDP, der der ehemaligen BHE-Wähler diesmal für die Sozialdemokraten gestimmt zu haben. Die rechtsradikale Deutsche Reichspartei dürfte von dem schlechten Ergebnis der GDP nicht profitiert haben, denn sie schnitt auch in ihren Hochburgen noch schlechter ab als 1957. Wie überhaupt als ein erfreuliches Zeichen dieser Bundestagswahl festzustellen ist, daß die radikalen Flügel nicht zum Zuge kamen.

Die Deutsche Friedens-Union, die von der SED den Wählern der Bundesrepublik als „einzige demokratische Partei“ empfohlen worden war, brachte es nur auf knapp zwei vH. Selbst in Gebieten, in denen es einstmals eine starke Kommunistische Partei gab, schnitt die DFU schlecht ab. Ihren höchsten Prozentsatz erreichte sie mit 6,2 vH im Wahlkreis Remscheid, wo 1949 der einzige Kommunist in direkter Wahl gewählt wurde. Trotz dieses über alle Erwartungen schlechten Abschneidens der DFU steht fest, daß in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen — eine SPD-Veröffentlichung spricht von 16 — die Sozialdemokraten Direktmandate errungen hätten, wenn auch nur ein Teil der für die DFU abgegebenen Stimmen ihnen zugute gekommen wäre.

Das für die Regierungsbildung wichtigste Wahlergebnis des 17. September ist, daß die

CDU/CSU die absolute Mehrheit verloren hat — oder umgekehrt: daß SPD und FDP jederzeit die jetzt zwölf Jahre im Sattel sitzende Regierungsmehrheit ausschalten können, wenn sie zusammengehen. Dafür sind freilich Voraussetzungen zur Zeit nicht gegeben, zumal der FDP-Vorsitzende Dr. *Mende* sowohl vor wie nach der Wahl des öfteren erklärt hat, seine Partei werde keine Koalition mit der SPD eingehen. Als Grund dafür wurde in erster Linie der von den Freien Demokraten als utopisch bezeichnete Sozialteil des sozialdemokratischen Regierungsprogramms ins Feld geführt.

Übermut und Umfall der FDP

Der beträchtliche Stimmenzuwachs und der Umstand, daß scheinbar keine andere Regierungskoalition als die von CDU, CSU und FDP zur Diskussion stand, hat die Freien Demokraten reichlich übermütig und ihren Vorsitzenden Dr. *Mende* unvorsichtig gemacht. Zu der des öfteren ausgesprochenen Erklärung, er werde nicht mit den Sozialdemokraten zusammengehen, fügte er die Versicherung hinzu, seine Fraktion werde nicht in ein Kabinett mit der CDU/CSU gehen, das von Dr. *Adenauer* als Bundeskanzler geführt werde. Der gewiegte Taktiker *Adenauer* erkannte aber sofort, wie *Mende* sich damit festmanövriert hatte. Als die Sozialdemokraten eine Aussprache über die Deutschland und Berlin betreffenden Fragen zum Zwecke der Information und Bestandssichtung anregten, lehnte zwar *Mende* diesen Vorschlag mit dem Hinweis ab, daß jetzt die Regierungsbildung vordringlich sei und daß man diese Aussprache nach der Regierungsbildung in den zuständigen Ausschüssen führen könne. *Adenauer* aber griff sofort zu und lud die Sozialdemokraten gleich für den nächsten Tag zu dieser Aussprache ein. SPD-Vorsitzender *Erich Ollenhauer* übte Zurückhaltung und antwortete, daß man wegen Termenschwierigkeiten in der laufenden Woche nicht mehr zu dieser Aussprache kommen könne, erklärte sich aber mit dem darauffolgenden Montag als Datum für die Begegnung bereit.

Adenauers Schachzug verfehlte seine Wirkung auf die Freien Demokraten nicht. Zwar wiederholte *Mende* noch einmal: „Keine Regierungsbeteiligung der FDP unter *Adenauer*.“ Als aber auf sozialdemokratischer Seite geäußert wurde, es gehe der SPD in erster Linie um Sachfragen, personelle Fragen seien von sekundärer Bedeutung, erfolgte das, was Herr *Mende* allgemein als „Umfall“ angerechnet wurde. Er verkündete nämlich, es seien neue Aspekte aufgetreten, die die FDP veranlassen könnten, ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber *Adenauer* als Regierungschef zu revidieren. Inzwischen hatte sich nämlich herausgestellt, daß niemand in der

CDU oder CSU gegen *Adenauer* zu kandidieren bereit war. Die forsche Art und Weise, mit der der Chef der 67 freidemokratischen Bundestagsabgeordneten der 242 Abgeordnete zählenden Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU vorschreiben wollte, wen sie benennen dürfe und wen nicht, trieb *Ludwig Erhard* in der Fraktionssitzung zu einem offenen Verzicht auf die Kanzlerwürde und erzeugte auch in den übrigen Fraktionsmitgliedern soviel Solidaritätsgefühl, daß *Adenauer* spontan gebeten wurde, sich noch einmal für das Kanzleramt zu Verfügung zu stellen.

Dr. Bucerius beehrte auf

Die Frondeure innerhalb der CDU und CSU wagten nichts zu sagen. Erst gut eine Woche später hat einer von ihnen, der Hamburger Abgeordnete Dr. *Gerd Bucerius*, auf der ersten Seite seiner Wochenzeitung *Die Zeit* noch einmal die Ersetzung *Adenauers* durch *Ludwig Erhard* und die Bildung eines „Kabinetts der Besten“ verlangt. Das hat ihm natürlich einen scharfen Tadel seiner Fraktion und die Frage eingetragen, warum er seinen Mut nicht hinter den verschlossenen Türen der Fraktionssitzung gezeigt habe. Die Frage ist berechtigt, denn *Bucerius* hatte noch vor der entscheidenden Sitzung gegenüber Journalisten erklärt: „Was sollen wir machen, wir haben ja keinen Kopf.“

Wer Herrn *Bucerius* nachträglich den Mut eingeflößt hat, seinen Artikel zu schreiben, darüber gibt es nur Vermutungen. Fest steht, daß Verteidigungsminister und CSU-Chef *Franz Josef Strauß* ursprünglich offensichtlich einiges getan hat, um *Mende* und seinen Freunden den Rücken bei der Ablehnung *Adenauers* zu stärken. *Strauß* wollte, ebenso wie die Freien Demokraten, *Ludwig Erhard* in den Vordergrund schieben — offensichtlich in der Absicht, unter einem schwachen *Erhard* selbst die entscheidende Macht auszuüben. *Strauß* hat sein Treiben gegen *Adenauer* etwas allzu deutlich abgestritten, aber *Mendes* Erklärungen deuten einwandfrei auf ihn. Der Verteidigungsminister hat sich bei diesem Hin und Her nicht als sehr geschickt erwiesen. Vor allem das außerordentlich wendige Verhalten der Sozialdemokraten hat ihm schließlich jede Möglichkeit verbaut, seine ehrgeizigen Aspirationen in absehbarer Zeit zu verwirklichen.

Bucerius hat durch seinen Artikel gegen seinen Willen erreicht, daß *Erhard*, der ohnehin schon eine Loyalitätserklärung für *Adenauer* abgegeben und sein Desinteressement am Kanzlerposten erklärt hatte, für eine ganze Weile nicht mehr als Kronprinz in Betracht kommt. Man muß dem Hamburger Verleger aber wohl zugute halten, daß er in ernster Sorge um seine Partei in Hamburg gehandelt hat. Der Rheinländer *Adenauer* ist nun einmal

in Hamburg bis weit in die Kreise des welt-offenen Großbürgertums hinein nicht beliebt, wo man ihm Mangel an Verständnis für die Situation eines Welthafens vorwirft und seine Außenpolitik in erster Linie unter diesem Gesichtspunkt kritisiert. Die Auflehnung gegen Adenauer hatte in Hamburg bereits bei der Bundestagswahl von 1957 begonnen und den Sozialdemokraten Gewinne gebracht, die im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet ganz typisch waren. Am 19. November 1961 wählt nun die Hamburger Bevölkerung ihr Landesparlament, die Bürgerschaft, neu, und die Christlichen Demokraten, die bei der Bundestagswahl des 17. September 1961 beträchtliche Verluste erlitten und ihr letztes Hamburger Mandat an die SPD abgeben mußten, erwarten, daß eine neue Bundesregierung Adenauer ihnen neue Einbußen bringen wird.

Hamburger Sorgen

Zeitungsberichte über eine mögliche Bundeskoalition von CDU und SPD unter Adenauer haben, ausgehend von der Bemerkung eines prominenten Sozialdemokraten, daß Personalfragen sekundärer Natur seien, in den unteren Gliederungen der SPD und ihrer Anhängerschaft im ganzen Bundesgebiet einige Aufregung hervorgerufen. Sozialdemokratische Minister unter einem Bundeskanzler Adenauer, das war vor allem für die treuen, altbewährten Mitglieder und Anhänger der Partei ein unvorstellbarer Gedanke. Die Hamburger Sozialdemokraten mußten eine solche Konstellation besonders deshalb fürchten, weil sie davon Verluste bei der Bürgerschaftswahl zu erwarten gehabt hätten. Dies um so mehr, als die Deutsche Friedens-Union in Hamburg einen fast doppelt so hoch als im Bundesdurchschnitt liegenden Prozentsatz von Stimmen (3,6) erzielt hatte und inzwischen bekannt geworden war, daß die DFU für die Hamburger Bürgerschaftswahl ihren ganzen bundesrepublikanischen Propagandaapparat einsetzen würde, um die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und mit mindestens sechs Abgeordneten in das Landesparlament einzuziehen. Die DFU hat in Hamburg ohnehin einige Ansatzpunkte in der Kleingärtner-Organisation (deren langjähriger Vorsitzender, *Berg*, ein prominentes DFU-Mitglied ist) und versucht geschickt, die Frage der Schrebergärten-Entschädigungen politisch auszunutzen. Eine etwa durch Bonner Tatsachen gestützte Parole „Keine Stimme für die Adenauer-SPD“ hätte also gefährlich werden können.

Gespräche zwischen Katzer und Leber

Nun sind freilich das taktische Verhalten der sozialdemokratischen Führung in den Wochen nach der Wahl und Äußerungen prominenter Sozialdemokraten wie die oben erwähnte von manchen gründlich mißverstan-

den, und andere wie etwa die, daß die Sozialdemokratie sich nicht dazu hergeben werde, eine vor dem Zusammenbruch stehende Ära Adenauer zu verlängern, oder daß Adenauer nicht um den Offenbarungseid herumkommen werde, überhört worden. Der Ruf nach einer CDU/SPD-Koalition ist eigentlich mehr von CDU- und CSU-Politikern wie Dr. *Dresbach*, Dr. *Richard Jaeger* und dem Freiherrn von *Guttenberg*, und zwar aus Ärger über die allzu anspruchsvolle Anfangshaltung der FDP, als von der Sozialdemokratie ausgestoßen worden. Nur der linke, gewerkschaftliche Flügel der CDU/CSU hat mit ihm ganz konkrete politische Vorstellungen verbunden. Er mußte befürchten, daß eine Koalition mit der FDP dem Arbeitgeberflügel Auftrieb geben und die Fortentwicklung der Sozialgesetzgebung hemmen werden. Eine Koalition von CDU und SPD aber hätte den Arbeitnehmerflügel der CDU aufgewertet und ihm gestattet, mit Unterstützung der Sozialdemokraten eine Menge von Sozialgesetzentwürfen bis hin zur überbetrieblichen Mitbestimmung zu forcieren. So kamen schon kurz nach der Wahl zwei Aussprachen zwischen dem Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, *Hans Katzer*, und dem Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, *Georg Leber*, zustande — Aussprachen, die, ganz gleich ob an ihrem Ende eine CDU/SPD-Koalition stehen würde oder nicht, in jedem Fall für die Verfechtung der Arbeitnehmerinteressen von Wert sein mußten. Daß Konrad Adenauer im Kampf mit der FDP und auch mit seiner eigenen Partei um seinen vierten Einzug ins Bundeskanzleramt sich der Katzer-Leber-Gespräche bediente, um die Freien Demokraten zu beeindrucken, ist nicht weiter verwunderlich.

Da diese Zeilen aus technischen Gründen geraume Weile vor Erscheinen dieses Heftes geschrieben werden müssen, steht bei ihrer Abfassung noch nicht fest, welches Ergebnis am Ende der vielfältigen Koalitionsgespräche steht. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden die Freien Demokraten ebenso wie ihre persönlichen, so auch ihre sachlichen Bedingungen preisgeben, um schließlich doch zu einer Koalitionsregierung mit der CDU/CSU zu kommen. Zur Wahrung des Gesichts wird die FDP sich wahrscheinlich nicht formell auf Adenauer als Bundeskanzler festlegen lassen, aber es werden mindestens soviel FDP-Abgeordnete ihre Stimme für Adenauer abgeben, wie dieser braucht, um mit der erforderlichen absoluten Mehrheit gewählt zu werden. Auf eine — verfassungsmäßig mögliche — Minderheitsregierung, die sich die erforderlichen Stimmen für Mehrheitsbeschlüsse von Fall zu Fall bei den Sozialdemokraten oder den Freien Demokraten holt, werden sich weder der Bundespräsident, der ja, wenigstens für den ersten Wahlgang, dem Bundestag den Kanzlerkandidaten vorzuschlagen hat, noch Konrad

Adenauer selbst einlassen. Eine Minderheitsregierung hätte ganz gewiß auch nicht die Autorität, deren sie besonders für die vor uns liegenden schweren Entscheidungen bedarf.

Geschickte Haltung der SPD

Die deutsche Sozialdemokratie hat diesmal nicht nur außerordentlich geschickt taktiert, sondern auch mit großem Verantwortungsbewußtsein gehandelt. Sie hat ihre Bereitschaft, Regierungsverantwortung angesichts der schweren Entscheidungen mitzutragen, angeboten, sich aber nicht zu Ministerposten gedrängt, sondern Sachfragen in den Vordergrund gestellt. Das hat ihr bei der öffentlichen Meinung viel Ansehen eingetragen. Die Sozialdemokraten haben außerdem im Verlauf der Koalitionsgespräche erreicht, daß ihre seit *Wehners* sensationeller Bundestagsrede vom 30. Juni 1960 geforderte und von Adenauer und CDU/CSU immer wieder abgelehnte „gemeinsame Bestandsaufnahme“ akzeptiert worden ist, indem sowohl Adenauer als auch Strauß sich bereit erklärten, von Zeit zu Zeit mit den dazu ermächtigten Männern der politischen Parteien zusammenzutreffen und sie über die Lage zu informieren. Die FDP, die zunächst gegen solche Bestandsgespräche war, hat ihren Standpunkt auch in dieser Frage geändert und ihre Teilnahme nachträglich zugesagt.

Die Sozialdemokraten haben sich durch ihr Verhalten seit dem 17. September viele Vorurteile vom Halse geschafft, die beim Publikum — gefördert vor allem durch die Propaganda der CDU/CSU — gegen ihre Regierungsfähigkeit bestanden. Bundeskanzler Adenauer, der noch vor der Wahl erklärt hatte, er werde auswandern, wenn die Sozialdemokraten siegten, soll nach der ersten Begegnung in engem Kreis seiner angenehmen Enttäuschung über die Sozialdemokraten und besonders ihren stellvertretenden Vorsitzenden Wehner Ausdruck gegeben haben. Man wird diese so bald nicht mehr als diejenigen hinstellen können, die Deutschland, wenn sie an die Macht kommen, in den Untergang führen werden.

SPD wird nicht

„nationale Opposition“ spielen

Die Sozialdemokraten haben auch auf alle Pressionen verzichtet, die sie aus der schweren internationalen Situation heraus, wenn sie skrupellos wären, hätten ausüben können. Sie haben die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß angesichts des schweren nationalen Notstandes ihrer Auffassung nach eine Regierung der „nationalen Konzentration“, also eine Allparteienregierung, das beste wäre. Sie haben aber — unter anderem durch einen so prominenten Mann wie Prof. *Carlo Schmid* —

hinzugefügt, daß sie, auch wenn sie nicht in die Regierung aufgenommen wurden, keine skrupellose „nationale“ Opposition treiben würden, sondern auch von den Oppositionsbänken aus an einer gemeinsamen Außenpolitik mitzuarbeiten bereit wären. Die Rolle der Deutschnationalen nach dem ersten Weltkrieg spielen und die Regierungsmänner als Verzichts- oder Erfüllungspolitiker beschimpfen werden sie also nicht. Niemand von ihnen wird Adenauer, Brentano, Strauß oder wen immer schmähen, wenn diese Verzichte auf Gebiete im Osten hinnehmen oder gar offen aussprechen müssen. Das wird von ihnen immer klar als die Schuld *Hitlers* herausgestellt werden.

Etwas anderes ist freilich die Berlin- und die Wiedervereinigungsfrage. Hier kann die Adenauer-Politik der Vergangenheit, ob die SPD in der Regierungsverantwortung oder in der Opposition ist, nicht als Tabu gelten, da sie nicht nur die Vergangenheit betrifft, sondern ja ebenso auch in die Zukunft wirkt. Hier darf nach dem Willen der SPD weder der Immobilismus und Attentismus weiterwirken, der gar das verbündete Washington seit Wochen und Monaten auf Antworten warten läßt und deshalb nervös macht, noch können die logischen Widersprüche zwischen Sicherheits- und Wiedervereinigungspolitik aufrechterhalten werden.

„Unser Staat muß glaubwürdig sein“

Daß über dieses Problem auch von Politikern des Regierungslagers heute sehr ernsthaft nachgedacht wird, bewies ein Vortrag, den der Generalbundesanwalt Dr. h. c. *Max Güde* am 8. Oktober vor dem Königsteiner Kreis, einer Vereinigung von Juristen, Volkswirten und Beamten aus der sowjetischen Besatzungszone, hielt. Güde behandelte den Konflikt, der im geteilten Deutschland zwischen der Staatssicherheit und dem Wiedervereinigungsgebot besteht. Alle Maßnahmen, so erklärte er, die das Gebot des Grundgesetzes zur Wiedervereinigung verletzen, seien verfassungswidrig und unterlägen der Prüfung und eventuellen Korrektur durch das Bundesverfassungsgericht. Nicht der Perfektionismus einer Abwehr um jeden Preis kann nach Güde die Richtschnur sein, sondern ein wohlabgewogenes Verhältnis zwischen der abzuwehrenden Gefahr und dem für die Wiedervereinigung drohenden Schaden. Die Abwehr müsse auf Objekte besonderer Gefährlichkeit konzentriert werden und nach Möglichkeit versuchen, die Maßnahmen der sowjetzonalen Machthaber zu durchkreuzen, ohne die Machtunterworfenen zu treffen und erwünschte menschliche Kontakte zwischen hüben und drüben zu unterbinden. Kleine Funktionäre, die zu Kontaktversuchen in die Bundesrepublik geschickt würden, zu bestrafen, habe oft wenig Sinn, weil sie dadurch nur zu

Märtyrern gemacht würden. Man solle sie nach Möglichkeit schon an der Zonengrenze zurückschicken. Wenn auch die Demokratie ihren Feinden keine Waffen zu ihrer eigenen Bekämpfung in die Hand geben dürfe, so dürfe sie auch nicht Selbstmord aus Furcht begehen, indem sie ihre eigenen Grundlagen aufgeben, um nur jedes Gegners perfektionistisch Herr zu werden. Unser Staat müsse vor den Augen der Freien glaubwürdig sein.

Dieser Vortrag hat in eingeweihten Kreisen um so stärkeres Aufsehen erregt, als er als eine Kampfansage Güdes an sein bisheriges Karlsruher Haus, besonders an den für politische Fälle zuständigen 3. Strafsenat und seinen Präsidenten, Dr. *Jagus*, sowie an den Bundesinnenminister Dr. *Schröder* angesehen wird, zu denen Güde mindestens schon seit dem KP-Verbot im Gegensatz steht. Damals war Güde dafür eingetreten, keine Verfahren wegen der politischen Tätigkeit kommunistischer Funktionäre vor dem Verbot der Partei einzuleiten oder wenigstens eine Amnestie durchzuführen. Der Bundesinnenminister aber stemmte sich gegen die Amnestie, und die Gerichte führten, unterstützt vom 3. Strafsenat, eine Fülle solcher Verfahren durch, bis das Bundesverfassungsgericht schließlich im März dieses Jahres generell die Verfolgung politischer Betätigung für eine nicht oder noch nicht verbotene Partei als verfassungswidrig erklärte.

Güde, offensichtlich des dienstlichen Streites müde, hat sich am 17. September im Wahlkreis Karlsruhe für die CDU in den Bundestag wählen lassen und ist mit Annahme des

Mandats aus seinem Amte ausgeschieden. Er will jetzt seine Ideen, die ja nicht nur strafrechtliche, sondern primär nationalpolitische Bedeutung haben und im Gegensatz zu den rheinischen Staatsvorstellungen Adenauers stehen, in der Arena der Politik durchsetzen und ihnen im Bundestag zu gesetzlichem Niederschlag verhelfen. Bedauerlich dabei ist, daß er erst in einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit tritt, in dem es schon fraglich zu werden beginnt, ob die internationalen Grundlagen für eine im gesamtdeutschen Interesse so begrüßenswerte Initiative noch gegeben sind.

Die demokratische Wachsamkeit gebietet zu erwähnen, daß für einige neuerdings auch die Verschärfung der Situation Berlins ein Anlaß ist, die seit langem vergeblich angestrebte *Notstandsgesetzgebung* durchzusetzen. Das Paradoxe dabei ist, daß der nationale Notstand von einigen Leuten bestritten wird, wenn er von den Sozialdemokraten als Begründung für die geforderte Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration angeführt wird, daß er aber bejaht wird, um die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung zu motivieren. Jedenfalls schrieb kürzlich der CSU-Vizepräsident des Bundestages, *Jaeger*, in einem Münchener Abendblatt, die Sozialdemokraten müßten jetzt wegen der prekären Berliner Situation ihre — verfassungsrechtlich erforderliche — Zustimmung zu einem Notstandsgesetz geben. Von einer der inneren Sicherheit viel besser gerecht werden den Allparteienregierung aber war nicht die Rede. *Dr. Hans Henrich*